

# Sozialwissenschaftliche Studie überMorgen. Der gesellschaftspolitische Diskurs.

(Auszug - Kapitel 9)

Autor: Fred Luks

[www.fredluks.com](http://www.fredluks.com), [mail@fredluks.com](mailto:mail@fredluks.com)

Der vorliegende Text ist ein Auszug aus der Sozialwissenschaftlichen Studie zum Projekt „überMorgen. Der Gesellschaftspolitische Diskurs“. überMorgen ist eine Initiative der Industriellenvereinigung (IV) gemeinsam mit dem Österreichischen Roten Kreuz und der ERSTE Stiftung. Das Projekt setzt sich das Ziel gesellschaftspolitische Zukunftsthemen mit einem breiten Spektrum der Bevölkerung zu thematisieren und zu diskutieren, zu einem besseren Verständnis gesellschaftspolitischer Sachverhalte beizutragen und Ideen für positive Zukunftsbilder zu liefern.

Die sozialwissenschaftliche Studie dient der Aufarbeitung des Diskussionstandes zu zwölf Themenkomplexen und jenen Fragen, die die Beteiligten für zentral für das Projekt halten. Der Text ist einerseits ein für sich selbst stehender Diskussionsbeitrag, er ist aber auch als Vor-Arbeit für die Diskussionsveranstaltungen zu verstehen, die im Rahmen des Projekts stattfinden werden sowie ein Element der Formulierung von Zukunftsbildern.<sup>1</sup>

## Inhalt der Studie

0. Ein gesellschaftspolitischer Diskurs für Österreich
1. Erfolg und Scheitern
2. Freiheit, (Eigen-)Verantwortung und Solidarität
3. Demokratie, Teilhabe und Gestaltungsmacht
4. Bildung und Wissen, Vernunft und Irrationalität, Fakten und Fake-News
5. Diversität, Offenheit und Geschlossenheit
6. Polarisierung und Spaltung, Beschleunigung und Eskalation
7. Umwelt, Nachhaltigkeit und Resilienz
8. Demographie, Familie, Kinder, Stadt / Land
9. Arbeit und Muße in Zeiten der Digitalisierung
10. Wohlstand und Wirtschaft
11. Innovation und Exnovation
12. Zukunftsangst und Zukunftsoptimismus
13. Schlussfolgerungen. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens

1. Die folgenden Ausführungen geben nicht notwendigerweise die Auffassungen der Auftraggeber wieder und liegen allein in der Verantwortung des Autors.

## Auszug Kapitel 9

### Arbeit und Muße in Zeiten der Digitalisierung

#### *Digitalisierung, Arbeitsmarkt und soziale Sicherung*

Digitalisierung gilt heute als der zentrale und geradezu weltverändernde technologische Trend, der praktisch keinen Bereich der Gesellschaft unberührt lässt (und im Übrigen auch – bislang meist völlig vernachlässigte – ökologische Folgen hat). Seine Wirkungen sind unklar und lassen Hoffnungen ebenso wie Befürchtungen aufkommen – nicht zuletzt, was den Arbeitsmarkt angeht. Das Thema Arbeitszeit(verkürzung) hat durch diese Situation eine gewisse Renaissance erfahren.

Man weiß nicht und *kann* nicht wissen, welche Veränderungen die digitale Revolution mit sich bringen wird. Man kann nur möglichst gut informierte Vermutungen anstellen. Digitalisierung hält schon phantastische Möglichkeiten bereit: Neue Geschäftsmodelle entstehen, 3-D-Druck und „Industrie 4.0“ verändern die industrielle Produktion, ganz unterschiedliche Bereiche wie Marketing und Pflege wandeln sich grundlegend, der Einzelhandel wird durch Unternehmen wie Amazon oder Alibaba umgewälzt, selbstfahrende Autos scheinen in Reichweite, immer mehr wirtschaftliche Transaktionen werden digital durchgeführt, immer mehr Finanzgeschäfte gar ohne jegliche menschliche Beteiligung, Forschungszentren zur „Kryptoökonomie“ entstehen, Bots simulieren Kommunikation, die Beeinflussung von Onlinekommunikation und politischem Wahlverhalten ist, wie wir schon sehen konnten, zum Geschäftsmodell geworden, selbst das Rechtswesen wird immer mehr automatisiert, medizinische Diagnostik kann sehr viel besser werden, Energieversorgung effizienter, und nicht zuletzt entwickeln sich Bilderkennung, Sprachübersetzung, Computerspiele und *Virtual Reality* mit hoher Geschwindigkeit, auch der Bereich des Militärs wird massiv verändert.

Die Verbreitung digitaler Technologien kann, was die natürliche Umwelt angeht, extreme Wirkungen ganz unterschiedlichen Charakters haben. Sie kann umweltschonend wirken, weil sich zum Beispiel neue Nutzungsmodelle etablieren, indem Produkte kleiner werden oder weil ihre Herstellung material- und energieeffizienter wird. Oder sie kann Umweltprobleme verstärken, zum Beispiel durch die klimatischen Auswirkungen des enormen Energieverbrauchs von Server-Farmen, anderen digitalen Infrastrukturen und Endgeräten, von denen es Abermilliarden gibt und deren Zahl minütlich massiv zunimmt. Allein entscheidend für den Zustand der Umwelt ist am Ende, ob zum Schluss netto der eine oder der andere Effekt überwiegt (vgl. z.B. Luks 2005; 2018; Paech 2012; Santarius 2012; 2017). „Wer von Digitalisierung redet,“ so formuliert André Reichel (2018, 91), „darf von der Kreislaufwirtschaft und ökologischem Produktdesign nicht schweigen.“ In der Tat:

Was insbesondere bei den arbeitsmarktpolitischen Hoffnungen oder Befürchtungen zur Digitalisierung meist unterschlagen wird: dass die Annahme, so wie in der Vergangenheit werde auch dieser technische Wandel netto nicht zu Arbeitsplatzverlusten führen, nur unter der Voraussetzung gilt, dass die Wirtschaft *wächst*. In einer endlichen Welt mit massiven Klima- und Ressourcenproblemen ist dies zumindest langfristig eine heikle Option. Die Menschheit ist mit dem Niveau ihrer globalen Konsumtion und Produktion längst an den Grenzen der Tragekapazität der natürlichen Umwelt angekommen – die Klimaerwärmung ist hierfür nur ein besonders prominentes und dramatisches Beispiel (vgl. [Kapitel 7](#)). Diese Differenz macht den Unterschied ums Ganze: Denn wenn das stimmt, ist der „übliche“ Weg aus dem Arbeitsplatzproblem nicht gangbar – und was dann?

Der Umfang der Umwälzungen ist natürlich umstritten, aber *dass* sehr, sehr viele manuelle Arbeitsplätze und immer mehr auch hochqualifizierte wegautomatisiert werden, scheint ausgemacht. Das betrifft mitnichten nur die reichen Volkswirtschaften: Wenn Kostenstrukturen sich massiv verändern, kann dies zu einer Rückholung von Produktionsprozessen in den OECD-Raum führen – mit potenziell desaströsen Folgen für die Arbeitsmarktsituation in armen Weltregionen. Nicht nur deshalb

wird im Kontext der Digitalisierung von ganz unterschiedlichen Akteuren die Notwendigkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert (vgl. nächster Abschnitt).

Der *Economist* brachte die Sache in der gewohnten Treffsicherheit aufs Titelblatt: *The world's most valuable resource*, und gemeint sind mit der wertvollsten Ressource der Welt – Daten (*Economist* 2017c; vgl. auch Mayer-Schönberger / Cukier 2013, 16). Wie wir bereits gesehen haben, könnte das auf eine Weise der Fall sein, die kaum diskutiert wird: So wie Öl industriellen Wohlstand möglich gemacht hat und gleichzeitig zur Klimaerwärmung geführt hat, könnten Daten die digitale Wirtschaft reich machen und gleichzeitig verhindern, dass die Welt ökologische Probleme wie Klimaerwärmung und Umweltverschmutzung in den Griff bekommt. Wie gezeigt, erscheint dieses Szenario mindestens ebenso plausibel wie die Träume einer „nachhaltigen“ Digitalisierung.

Der Status von Arbeit wird freilich nicht nur die Digitalisierung geprägt, sondern auch um grundlegenden Strukturwandel einer postindustriellen Dienstleistungs-, Wissens- und Kulturökonomie. Dieser Wandel wird durch die Digitalisierung beschleunigt, ist aber eine Kraft an sich, die auch ohne diesen „Schub“ wirken würde. Für die meisten Menschen sind Selbstbestimmung, Innovation und Lebensqualität Begriffe, die positiv konnotiert sind, gerade auch mit Blick auf das (eigene) Berufslebens – und Kreativität ist heute eindeutig ein positiver, ja geradezu selbstverständlicher Begriff. Reckwitz (2017, 187) schreibt:

„Kreativ zu sein, sich in der Arbeit schöpferisch entfalten zu können, ist ein Ideal der postindustriellen Arbeitskultur, die vom postmateriellen Lebenswandel beeinflusst ist. Im Gegensatz zur ‚unkreativen‘ Arbeit der nun minderwertig erscheinenden Routinetätigkeiten erhält kreative Arbeit für die Arbeitssubjekte damit einen Eigenwert, sie ist primär intrinsisch motiviert – selbst wenn sie *auch* immer Mittel zum Zweck des Lebensunterhalts ist: Die Hochqualifizierten der Spätmoderne erwarten von ihrer Arbeit mehr als nur Broterwerb.“  
(Herv. dort)

Dass Arbeit mehr bedeutet als Einkommenserzielung und für Selbstwertgefühl und Identifikation ein wichtiger Faktor ist, wird sich womöglich als ein wichtiges Problem für ein im Kontext der Digitalisierung viel diskutiertes Reforminstrument erweisen, dem wir uns jetzt zuwenden.

### **Die Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen**

Die Utopie, dass Technik die Menschheit von viel mühevoller Arbeit befreit, hat sich nicht realisiert – auch nicht durch die Digitalisierung. Freilich wird die alte Idee durch die neue Technologie belebt. Das „Recht auf Faulheit“ (Lafargue 2015) ist sehr weit von seiner Verwirklichung entfernt, und auch ein *Lob des Müßiggangs* (Russell 2003) ist nach wie vor kaum gesellschaftsfähig. Der Mainstream der westlichen Lebensweise lobt den Müßiggang gerade nicht – er verachtet ihn eher (vgl. auch [Kapitel 1](#)). Problematisch ist dabei, dass heute viele (sehr) viel arbeiten und gleichzeitig viele Menschen gar nicht arbeiten. Das hat auch ökologische Implikationen: „Burnout und Klimawandel haben die gleiche Ursache: Wir arbeiten zu viel und zu intensiv.“ (Hinterberger 2008) Damit wird deutlich, dass das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) kein Kind der digitalen Revolution ist – auch wenn bisweilen ein anderer Eindruck entstehen kann. Man könnte das BGE auch als Versuch interpretieren, aus der vermuteten Arbeitsmarktkatastrophe ein Paradiesszenario zu machen – und damit an sehr alte und möglicherweise sehr aktuelle Vorstellungen einer erfolgreichen Gesellschaft anknüpft.

Eine mögliche positive Wirkung ist, dass das BGE (zumindest bei hinreichender Ausstattung) Menschen von Existenzsorgen befreien und damit auch Kreativität freisetzen und Zeit für gesellschaftliches (ehrenamtliches) Engagement freimachen könnte. Auch könnte diese „Befreiung“ sich positiv auf die Gesundheit auswirken. Gesamtwirtschaftlich könnte man eine gewisse Stabilisierung des Konsums erwarten. Auch könnte sich die Qualität der Arbeit verbessern – und deren Entlohnung, wenn

bestimmte Lohnhöhen nicht mehr konkurrenzfähig sind, wenn Menschen durch das BGE eine gewisse Mindestausstattung genießen. Auch wäre es möglich, dass ein BGE für alle, das schließlich unterschiedliche Sozialleistungen substituieren würde, zu einer Verwaltungsvereinfachung und damit zu Kosteneinsparungen führen würde (vgl. auch IV 2017, 3, 5f.).

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieses letzten Punktes wird auf der anderen Seite nicht selten befürchtet, dass BGE-Initiativen in letzter Konsequenz zur Aushöhlung oder gar Abschaffung des Sozialstaats führen könnten. Nicht zuletzt, weil eine frühere Variante, die sogenannte negative Einkommenssteuer, vom *Chicago Boy* Milton Friedman vorgeschlagen wurde, vermutet so mancher hier eine neoliberale Attacke auf hart erkämpfte soziale Errungenschaften. In der Tat wäre die völlige Entkopplung von Arbeit und Einkommen eine Abkehr von einem fundamentalen Prinzip bisheriger Sozialstaatskonstruktionen. Das ist vielleicht neben anderen potenziellen negativen Auswirkungen (vgl. auch IV 2017, 6) der „größte“ Aspekt des BGE-Vorhabens: Dass hier grundlegende Prinzipien verändert werden sollen.

Das ist nicht trivial. Auch wenn man den Motivationsaspekt („Wer geht dann noch arbeiten?“) für grob überschätzt halten kann, weil Arbeit eben nicht nur Einkommen, sondern ganz wesentlich auch Sinn produziert, ist damit ein Grundprinzip fast aller Gesellschaftskonstellationen berührt – das der Reziprozität (vgl. auch Luks 2010a). Die Relevanz gesellschaftlicher Reziprozitätsnormen für die Akzeptanz des BGE sollte keinesfalls unterschätzt werden – und wird in der Diskussion doch selten thematisiert. Das „Bedingungslose“ des Grundeinkommens mag sympathisch klingen, kollidiert aber möglicherweise mit tiefsitzenden normativen Vorstellungen davon, was recht und billig ist. Nicht nur in Österreich gibt es gesellschaftlichen Streit um die Angemessenheit von Sozialleistungen für Migranten (vgl. z.B. Fukuyama 2019, 177). Es ist nicht auszuschließen, dass ein BGE polarisierend wirken würde in einer Gesellschaft, die ohnehin schon polarisiert ist (vgl. [Kapitel 6](#)). Die unterschiedlichen Realexperimente (z.B. Finnland) haben kaum belastbare Ergebnisse gebracht – zumindest nicht so belastbar, dass man auf ihrer Grundlage einen revolutionären Umbau des Sozialstaats beginnen sollte. Last but not least ist natürlich die Bezahlbarkeit ein Kernpunkt der BGE-Debatte. Die Auffassung, dass sei eine empirische Frage, gilt hier nicht – denn man muss dieses Thema analysieren und entscheiden, *bevor* man womöglich eine Variante des Grundeinkommens einführt. Fest steht: Es gibt *sehr* viele offene Fragen hinsichtlich der Funktionsfähigkeit und Wirkungen.

Umso erstaunlicher, mit welcher Nonchalance die Befürworter der Idee keinerlei Zweifel an der Richtigkeit ihre Pläne aufkommen lassen. Alternativvorschläge wie das Bürgerkapital / Humankapital-Budget (IV 2017) spielen in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle: Aufs Ganze gesehen gilt: Man ist dafür oder dagegen (eine Polarisierung also). Der Bestsellerautor Richard David Precht positioniert sich seit einiger Zeit als Spitze der Bewegung für ein BGE. In Talkshows und in seinem Buch *Jäger, Hirten, Kritiker* stellt Precht das BGE als alternativlos und als allzu offensichtliche Erfolgsstrategie dar. Das erwähnte Buch trägt den Untertitel *Eine Utopie für die Digitale Gesellschaft* (Precht 2018). Für Precht (2018, 127, 137) ist klar, dass das BGE kommt – die Frage sei nur: wie und wann? Schon die bloße Frage nach der Finanzierbarkeit ist für Precht „befremdlich“, sie sei „das kleinste Problem“.

Nun könnte man die Auftritte und Ausführung Prechts als irrelevanten Dilettantismus eines ökonomischen Analphabeten abtun. Das wäre freilich zu einfach: Precht ist eine weithin beachtete Figur, dessen Beiträge eine hohe Aufmerksamkeit genießen. Sein Buch ruft immerhin nachhaltig in Erinnerung, wie wichtig die in [Kapitel 4](#) erörterten Themen auch für die Debatten über Digitalisierung und Sozialstaat sind. Einen wichtigen Punkt hat Precht (2018, 137ff.) immerhin, wenn er auf die große Bedeutung des Menschenbilds für die Grundeinkommensdebatte hinweist. Die Finanzierungsfrage ist ungleich bedeutsamer als von Precht dargestellt – aber die Frage, welches Menschenbild man anlegt (beispielsweise im Hinblick auf Motivationsfragen und Gerechtigkeitsthemen), ist mit Sicherheit ähnlich relevant. Die *überMorgen*-Diskurs werden Gelegenheit bieten, auch dieses Thema kontrovers zu diskutieren.

In diesem Text jedenfalls kann nicht entschieden werden, ob das BGE nun „gut“ oder „schlecht“ ist. Sicher ist angesichts der Nachteile und Unsicherheiten: Ein naives Plädoyer für das BGE kann nicht zielführend sein. Gerade das Adjektiv „bedingungslos“ erscheint nach dem Stand der Dinge (hoch) problematisch. Wichtiger sind vielleicht die Fragen, die mit dem BGE aufgeworfen werden. Dabei geht es nicht nur um die Bewältigung der Digitalisierungsfolgen am Arbeitsmarkt, sondern – grundsätzlicher – darum, wie ein zeitgemäßer solidarischer Sozialstaat aussehen kann. In Frage stehen in der Diskussion also nicht nur potenzielle Finanzierungs- und Anreizwirkungen, sondern auch langfristige Implikationen für Sozialstaat und den Status von Arbeit. Und, dies gilt nicht zuletzt für offene Volkswirtschaften wie Österreich: Die Implikationen für die Wettbewerbsfähigkeit sind zu beachten. Das gilt für die Grundeinkommensdebatte, aber auch für die damit eng verbundenen Diskussionen über Arbeitszeitmodelle.

### ***Arbeitszeitverkürzung und Wettbewerbsfähigkeit***

Beim Thema Arbeitsmarkt werden große Umbrüche antizipiert, deren Management ganz unterschiedliche Szenarien ermöglichen oder erfordern könnte. Manche sehen, wie eben gezeigt, die Möglichkeit zur Verwirklichung des „Rechts auf Faulheit“, andere warnen vor den Folgen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die massive Arbeitszeitreduktionen haben könnten. Sicher ist: Auch die Digitalisierung ist ein wichtiges (Aus-)Bildungsthema (IV 2018a). Sie wird, so ist anzunehmen, auf Jahrzehnte prägend für die Entwicklung von (Arbeits-)Märkten sein. Dabei stehen durch ihre Folgen nicht mehr nur manuelle Tätigkeiten zur Disposition, sondern auch anspruchsvolle und von hoch qualifizierten Personen ausgeübte Arbeiten auf Feldern wie Medizin, Architektur und Recht. Zahlen über diese Entwicklung sind mit Vorsicht zu genießen, es scheint aber ausgemacht, dass massive Strukturveränderungen anstehen.

Es bleibt naturgemäß eine offene Frage, inwieweit diese Reduktion von Arbeitsplätzen durch Digitalisierungsprozesse an anderer Stelle der Wirtschaft von der Schaffung neuer – heute vielleicht gänzlich unbekanntes – Beschäftigungsprofilen und Arbeitsplätzen kommt. Wirtschaftshistorisch kann man wohl sagen, dass in der Vergangenheit technischer Fortschritt per se nicht zu Massenarbeitslosigkeit geführt hat. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass dies stets mit makroökonomischem Wachstum verbunden war: Mehr Arbeit entsteht bei arbeitssparendem technischen Fortschritt nur dann, wenn die Produktion (auch von Dienstleistungen) wächst. Arbeitssparender technischer Fortschritt ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts führt gleichsam naturgesetzlich zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit.

Auch wenn das hier und heute schwer vorstellbar ist – (viel) weniger zu arbeiten wird womöglich schon sehr bald nicht nur eine anthropologische Möglichkeit sein, sondern auch eine technologische. Statt sich vor den üblen Folgen der digitalen Revolution zu fürchten, könnte man im Zuge dieser Revolution eine alte Utopie neu denken: dass Maschinen den Menschen die Arbeit abnehmen und sie Besseres zu tun haben, als (viel) zu arbeiten. In der Studie *21 Hours* der *New Economics Foundation* wurde schon vor einigen Jahren die These aufgestellt, eine Regelarbeitszeit von 21 Stunden pro Woche wäre möglich, sinnvoll und „nachhaltig“ (vgl. Coote u.a. 2010; Coote 2010). Nun sollte man sich von einer drastischen Arbeitszeitreduktion sowenig die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme erhoffen wie von der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Aber dass die ökologischen Folgen der westlichen Lebensweise und die sozialen Folgen der Digitalisierung ohne eine solche Reduktion bewältigt werden können, scheint heute schwer vorstellbar.

Natürlich wirft das unter den gegebenen Umständen komplizierte Fragen nach globaler Konkurrenzfähigkeit, sozioökonomischen Umstellungsprozessen und nicht zuletzt der Finanzierung auf.

Naivität ist insbesondere hinsichtlich der außenwirtschaftlichen Wirkungen einer nationalstaatlich organisierten Arbeitszeitverkürzung ist nicht angebracht. Dass eine massive Arbeitszeitverkürzung kurzfristig auch nur denkbar ist, scheint sehr unwahrscheinlich. Freilich drängt sich das Thema – zumal im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsfragen ([Kapitel 7](#)) – geradezu auf, wenn man produktiv über längerfristige Perspektiven und Zukunftsbilder nachdenken will. Für ein kleines und exportorientiertes Land ist dies gewiss keine triviale Frage. Die internationalen (Wirtschafts-)Beziehungen mit Europa und dem Rest der Welt sind essentielle Faktoren für den heutigen und den zukünftigen Wohlstand im Land.

Das gesamte Literaturverzeichnis finden Sie [hier](#).